

MEINUNG



Zurück in die Mitte

Helge Matthiesen
über Wege aus der Gewalt in der Politik

Herbert Reul hat leider recht: Die üblichen Betroffenheitsformeln und das Versprechen, hart und schnell durchzugreifen, natürlich auch die Gesetze zu verschärfen: All das ist weitgehend nutzlos und hilft nicht weiter, wenn es darum geht, Politiker vor Gewalt zu schützen. Die Politik simuliert Aktivität. Schön, dass es ein Politiker ist, der das kritisiert. Es ist immerhin schon lange verboten, Plakatkleber zu beleidigen und zu bedrohen. Niemand darf einen Politiker tätlich angreifen und auch die Zerstörung von Wahlplakaten ist mit Strafe belegt. Wer jetzt auf Zeit spielt, und auf eine Lösung von alleine hofft, verkennt den Ernst der Lage.

Die Demokratie beginnt in Städten und Gemeinden, an der Basis der Gesellschaft. Wenn dort die meist ehrenamtlich engagierten Freizeitpolitiker nicht mehr sicher sind, dann bedroht das eine wesentliche Säule unserer Demokratie. Da es kaum gelingen wird, neben jede Plakatleberkolonne einen Polizisten zu stellen, muss sich Grundlegendes ändern. Das Verhältnis zwischen den Bürgern und der Politik gilt es neu zu bestimmen und neu zu festigen.

Die Angriffe sind möglich, weil Politik insgesamt zu wenig Rückhalt in unserer Gesellschaft hat. Wer sich politisch engagiert, wird

außerhalb seines engeren Zirkels bestenfalls belacht. Für vernünftig halten die wenigsten, was da an Zeit und Energie für einen oft frustrierenden Kampf gegen Verwaltungen und andere Parteien investiert wird. Seit Corona ist diese Missachtung bei vielen in Verachtung und dann in Gewalt umgeschlagen. Das ist übrigens kein Thema, das uns die AfD beschert hat. Die verschärft die Lage zwar durch Häme und Geringschätzung ihrer politischen Gegner. Sie ist jedoch ebenso von Gewalt betroffen wie andere Parteien.

Die Bürger müssen die öffentlichen Angelegenheiten wieder zu ihrer Sache machen. Wir brauchen mehr Engagement für die Politik. Dafür muss sich der Ton der Auseinandersetzung mäandern. Wer ehrenamtlich arbeitet, verdient erst einmal Respekt. Nicht jedes Problem ist eine Frage von Leben und Tod. Wir reden über die Lösung von Sachfragen und jeder, der da mitredet, verdient angehört zu werden, gleich welcher Partei er angehört. Wenn die Mehrheit die Politik den Radikalen, den Schlägern oder den Verwirrten überlässt, dann bekommt sie dafür die Quittung. Wir brauchen mehr Staatsbürger, die sich engagieren, damit Politik wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückkehrt. Erst dort hat sie eine Chance, neue Sicherheit zu gewinnen.



Neuer Kompass

Hagen Strauß
zum CDU-Parteitag

Ihre programmatische Erneuerung hat die Union auf ihrem dreitägigen Parteitag abgeschlossen – allerdings mit weniger Debatte als erwartet. Aber der inhaltliche Kompass, der vor der letzten Bundestagswahl abhandlungsgemacht war, ist wiedergefunden mit dem neuen Grundsatzprogramm. Personell ist die Partei überdies nun so klar aufgestellt wie schon lange nicht mehr.

Oder anders: An Friedrich Merz geht aus Sicht der CDU kein Weg mehr vorbei in der Frage einer Kanzlerkandidatur. Selbst wenn sich Merz noch einen schweren Patzer erlauben sollte, tendiert die Bereitschaft in der Partei gen Null, die M-Frage noch einmal zu stellen. Nicht nach diesem Parteitag, nicht nachdem die Union das gezeigt hat, was sie am besten kann: die Reihen in schwierigen Zeiten zu schließen. Das wissen jetzt auch die Ministerpräsidenten. Merz hat dazu seinen Bei-

trag geleistet – anfänglich mag er die Aufgabe unterschätzt haben, mittlerweile ist er offenkundig im Amt des CDU-Vorsitzenden angekommen. Auch den eigenen Kompass hat er neu justiert. Weg vom impulsiven, hin zu mehr staatstragender Gelassenheit. Aber: Merz braucht auch die CSU. Und auf Markus Söder kann er halt nicht verlassen bauen.

Neben dem Parteichef ist in der CDU nun noch ein neuer starker Mann erwachsen: Generalsekretär Carsten Linnemann. Das vierte Grundsatzprogramm in der Geschichte der Union ist sozusagen sein Meisterstück. Nicht jeder hat ihm das zugetraut. Linnemann hat die Kärnerarbeit geleistet und damit mehr als der Vorsitzende die Union aus der Merkel-Ära herausgeführt, sie wieder konservativer gemacht, vor allem aber verbindlicher. Das ist in den politisch turbulenten Ampel-Zeiten ein ziemliches Pfund.



Im Konsens

Bernd Eyermann
zum Entschuldigungsprogramm in Rheinland-Pfalz

Dem früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck hat man gern nachgesagt, er ziehe segnend durch das Land – will meinen, dass er reichlich Wohltaten verteile und sich so ins rechte Licht setze. In diesen finanziell weit weniger rosigen Zeiten könnte man auf die Idee kommen, dass es ihm seine Nachfolgerin Malu Dreyer sowie Ministerinnen und Minister des aktuellen Kabinetts in gewisser Weise nachtun. Ob bei der Landrätin in der Vulkaneifel oder den Oberbürgermeistern in Trier, Pirmasens oder Kaiserslautern – die Spitzen der Mainzer Regierung sind vielfach persönlich zugegen, um die Bescheide zu überreichen, die dokumentieren, dass das Land einen großen Teil der kommunalen Schulden übernimmt. Einen Monat vor der Kommunalwahl am 9. Juni macht sich so etwas gut.

Andererseits ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass es nicht

allein ein Verdienst der rheinland-pfälzischen Ampel-Koalition ist, dass Kreise, Städte, Verbände- und Ortsgemeinden finanziell wieder mehr Luft zum Atmen bekommen. Denn auch CDU und Freie Wähler hatten sich für eine Entschuldung eingesetzt. Die Bemühungen aller fünf Parteien gipfelten im Februar 2022 in einer Verfassungsänderung, die es dem Land ermöglichte, einen großen Teil der kommunalen Schulden zu übernehmen.

Es ist richtig, dass sich das Land um die finanzielle Besserstellung seiner Kommunen kümmert, schließlich ist es verfassungsrechtlich für sie verantwortlich. Wenn das dann auch noch im Konsens der demokratischen Fraktionen im Landesparlament gelingt: umso besser. All das trägt auch dazu bei, die Kommunalpolitik attraktiver zu machen. Vielleicht ist der Mainzer Weg ja auch einer für die Landespolitik im benachbarten Nordrhein-Westfalen.



Versprechen

KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

GASTBEITRAG Eckart von Hirschhausen

Demokratie ist anstrengend, nervig, zäh – umso wichtiger ist es, zur anstehenden Europawahl zu gehen

Mir reicht's - ich geh' wählen!

VON ECKART VON HIRSCHHAUSEN

Wenn Sie einmal die Augen zumachen und an Europa denken – wie fühlt sich das für Sie an? Viele mögen an Brüssel denken, an Straßburg, alles weit weg, geografisch wie emotional. Für mich ist Europa nah, seit ich mit 17 Jahren mit Interrail einen Monat lang quer durch unseren Kontinent fuhr. Meine beiden Eltern sind in Estland geboren und kamen durch den Zweiten Weltkrieg, Umsiedlung und Flucht nach Deutschland. Ich habe also eine „internationale Biografie“, einen Migrationshintergrund, wie sehr viele, wenn man genauer schaut. Und ich freue mich, dass ich, seit ich denken kann, keinen Krieg auf deutschem Boden erlebt habe. Durch die Geschichten meiner Großeltern und Eltern weiß ich: Das ist alles andere als selbstverständlich.

1945 waren alle in Europa sehr klar: nie wieder Krieg. Und nie wieder Faschismus. Und das finde ich auch für 2024 eine sehr gute Grundlage für unser Zusammenleben, die uns die historisch längste Friedenszeit und den größten Wohlstand durch Kooperation untereinander ermöglicht hat. Am 9. Juni ist Europawahl, die zweitgrößte demokratische Wahl der Welt nach der in Indien! Je mehr Menschen eine Partei wählen, die konstruktiv mitarbeiten will an den Herausforderungen unserer Zeit, desto besser. In den vergangenen Tagen sind wieder Politikerinnen und Politiker attackiert worden. Ich habe Hochachtung vor allen, die sich für

unsere Demokratie engagieren, gerade auch in öffentlichen Ämtern. Und ich verstehe jeden, der gerade unzufrieden ist mit dem Stand der Politik. Ich hatte mir von der Ampel auch mehr erhofft. Aber aus Frust nach der Ampel rechts abbiegen?

Demokratie ist anstrengend, nervig, zäh. Es ist die Staatsform, die man erlernen muss. Das Recht des Stärkeren ist intuitiv verständlich. Bürgerrechte brauchen Training. Nichts ist perfekt. Aber nichts wird besser, wenn man die Institutionen lähmt durch vermeintliche „Denkzettel“, die nicht zu Ende gedacht sind. In dieser Wahl geht es nicht „um die da oben“, es geht um uns alle. Und unser Überleben. Gesundheit ist im 21. Jahrhundert nicht nur der gerechte Zugang zu Versorgung, Medikamenten und Diagnostik. Gesundheit beginnt mit der Luft, die wir atmen, mit dem Wasser, das wir trinken, den Pflanzen zum Essen, erträglichen Temperaturen und einem friedlichen Miteinander. Alle fünf Lebensgrundlagen sind akut in Gefahr. Nichts davon wird von allein besser. Und nichts davon ist in einem nationalen Alleingang wirksam zu sichern.

Durch die Arbeit meiner Stiftung Gesunde Erde-Gesunde Menschen, die sich in Bonn und Berlin für den Schutz unserer Lebensgrundlagen und die planetare Gesundheit einsetzt, bekomme ich erst mit, welche großen Hebel in Europa liegen. Kaum öffentlich diskutiert, steht gerade eins der wichtigsten Gesetzesvorhaben der EU auf der Kippe. Das „Nature Restoration Law“ ist wichtig, weil 80 Prozent der Lebensräume in der EU sich in besorgniserregend schlechtem Zustand befinden. Damit verschwinden die Insekten, die wir dringend für die Bestäubung in der Landwirtschaft brauchen, die Singvögel verstummen. Der Erhalt von Mooren, von zusammenhängenden alten Wäldern und bunten artenreichen Wiesen ist existenziell, damit wir und zukünftige Generationen etwas zu essen und zu trinken haben. Wir werden die Lebensgrundlagen, die Gesundheit von uns und allen, die noch kommen mögen, nur schützen, wenn wir alle Energie in die großen Hebel fließen lassen. Mit dem Green Deal, einer sinnvollen Energiewende, marktwirtschaftlichem Emissionshandel und einer regenerativen Landwirtschaft können wir Europa im wahren Sinne wieder aufblühen lassen. Wir haben eine Zukunft in Europa oder keine. Das ist alles nicht perfekt, aber so viel besser als Kleingeist und Kleinstaaterei. Jetzt schon

heißt sich Europa rund doppelt so schnell auf wie andere Kontinente. Und gleichzeitig waren wir auf dem besten Weg, der erste klimaneutrale Kontinent zu werden, und Weltgeschichte zu schreiben, auf die wir lange stolz sein könnten. Wenn wir es jetzt nicht verkacken. Entschuldigen Sie die Wortwahl, aber ja, es geht wirklich um was. Jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene Fakten.

Für mich sind Parteien, die den wissenschaftlichen Konsens zum menschengemachten Klimawandel leugnen, schlichtweg unwählbar.

Für mich sind Politiker nicht wählbar, die Kinder mit Behinderung in den Schulen als „Belastung“ für „unsere Kinder“ ansehen, als ob das nicht auch unsere Kinder wären. Und für mich ist niemand wählbar, der erkennbar die europäischen Institutionen, die wir mühselig aufgebaut haben, zerstören will. Vor uns liegen raue Gewässer und komplexe Herausforderungen. Wir sind mittendrin in einer historisch rasanten Veränderung, die wir jetzt noch mitgestalten können, oder sie überrollt uns. So unromantisch das klingt: Es wird nicht mehr wie früher. Auch wenn die von vorgestern das versprechen.

Was jetzt gebraucht wird: eine mutige Zivilgesellschaft. Sie sich schlau machen und den Mund aufmachen. Gerne auch in dieser Reihenfolge. Die schweigende Mehrheit hat nach den Enthüllungen von Correctiv endlich aufgehört zu schweigen, bundesweit, auch bei der großen Demonstration in Bonn.

Jetzt geht es weiter in die Mühen der Ebene. Andere ansprechen, zuhören, über die echten Sorgen reden, Gemeinsamkeiten und

PRESSESTIMMEN

Zu den tätlichen Angriffen auf mehrere Politiker in den vergangenen Tagen schreibt die

Stuttgarter Zeitung

Die Innenminister wollen härtere Strafen prüfen. Doch das Problem lässt sich so nicht mal ansatzweise lösen. Strafbar ist die Gewalt gegen Politiker schon jetzt. Demokratieförder- und Präventionsprogramme können helfen. Doch auch sie können höchstens ein Beitrag sein. Gefordert ist die Mitte der Gesellschaft. Vielerorts hat sich ein Klima der Verächtlichmachung von Politik verbreitet, das nicht hinnehmbar ist. Den Kampf gegen den Hass auf Politiker muss jeder Einzelne im Gespräch im Betrieb, im Verein, auch bei der Familienfeier führen. Die meisten Politiker sind Ehrenamtler. Wenn sich in den Kommunen niemand mehr engagieren oder auch nur Plakate aufhängen will, ist das ein unermesslicher Schaden für die Demokratie. Deshalb müssen jetzt alle etwas tun.

Was jetzt gebraucht wird: eine mutige Zivilgesellschaft.

Eckart von Hirschhausen
Wissenschaftsjournalist



FOTO: DOMINIK BUTZMANN

ZUR PERSON

Auftritte zur Europawahl in Bonn

Der Autor Eckart von Hirschhausen (Jahrgang 1967) ist Arzt, Wissenschaftsjournalist und Gründer der Stiftung Gesunde Erde - Gesunde Menschen.

Auftritte am Wochenende Am Samstag, 11. Mai, 18 Uhr, findet in der Kreuzkirche ein **Talkgottesdienst mit Hirschhausen** unter dem Motto „Vor Pfingsten: Gibt es ein Wunder für Europa?“ statt. Jugendliche präsentieren zudem ein Gebet für Europa. Am Sonntag, 12. Mai, findet um 11 Uhr im Opernhaus die Veranstaltung **„Sonntagsreden mit Hirschhausen, Humor & Gästen“** statt. Eingeladen dazu sind Ernst von Weizsäcker und Pia Holstein (Vorständin Pulse of Europe) sowie Impro-Schausteller. Karten gibt es beim Theater Bonn.